



<https://blz.li/32dw>

CDU/FDP-REGIONSGRUPPE ZUR KLIMASCHUTZAGENTUR: "ONAY DRÜCKT SICH WEG"

Veröffentlicht am 17.06.2022 um 13:51 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Die Themen Klimaschutz, Energiesparen und Nachhaltigkeit werden für die Bürgerinnen und Bürger immer wichtiger. Das zeigt sich auch in der gesteigerten Nachfrage nach Beratungsangeboten der Klimaschutzagentur", so Christoph Loskant, umwelt- und klimapolitischer Sprecher der Gruppe CDU/FDP in der Regionsversammlung. Die gemeinnützige Klimaschutzagentur Region Hannover übernimmt seit 2001 diese wichtige Aufgabe und informiert die Öffentlichkeit über Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Ziel ist es, klimaschädliche Emissionen in der Region Hannover zu senken. Finanziert wird die Klimaschutzagentur durch die Region Hannover, die Landeshauptstadt Hannover und durch neun weitere namhafte Unternehmen sowie Partner. Um die defizitäre Geschäftsstelle der Klimaschutzagentur zu stützen, ist für den Wirtschaftsplan 2022 ein Nachtrag erforderlich. Daher setzt sich aktuell die Geschäftsführung der Klimaschutzagentur dafür ein, zum 1. Juli 2022 die Nebenleistungen, also die finanziellen Zuwendungen der Gesellschafterinnen von bislang 320.000 Euro auf 465.000 Euro zu erhöhen. Die Region und weitere Gesellschafterinnen stimmten dieser Erhöhung zu, um die Finanzierung der Agentur zu sichern. Nur die Landeshauptstadt und die Enercity AG verweigern eine Erhöhung ihrer Nebenleistungen. "Wir zeigen uns verwundert, dass Oberbürgermeister Onay und die Enercity AG sich aus ihrer finanziellen Verantwortung gegenüber der Klimaschutzagentur stehlen. Herr Onay propagiert gerne öffentlich das Ziel, dass die Landeshauptstadt bis Ende 2035 klimaneutral sein soll. Indem er der Agentur die notwendige finanzielle Absicherung verweigert, stellt er die neue Geschäftsführung bloß und macht ihr das Leben schwer. Die Stadt Hannover und die Enercity AG sollten ihrer finanziellen Verantwortung nachkommen und nicht sämtliche Mehrkosten auf die Region abwälzen. Klimaschutz kostet Geld, das müssen der Oberbürgermeister und die Enercity AG einsehen", so Christoph Loskant abschließend.